



Projektland: Kuba

**Quartal/Jahr: Juli bis September
2010**

Schlagzeilen:

- **Kubanische Regierung lässt 52 Dissidenten frei**
- **Zweifelt Fidel Castro am Kommunismus?**
- **Kuba wagt ein bisschen Marktwirtschaft**

Kubanische Regierung lässt 52 Dissidenten frei

Der kubanische Kardinal Jaime Ortega erklärte nach einem Treffen mit Staatspräsident Raúl Castro, dass die kubanische Regierung beabsichtige, in den kommenden Wochen und Monaten 52 politische Gefangene freizulassen und ihnen die Ausreise zu gestatten.

Bei den 52 Amnestie-Kandidaten handelt es sich um Oppositionelle, die im März 2003 festgenommen worden sind. Damals wurden insgesamt 75 kubanische Regierungsgegner verhaftet und zu Gefängnisstrafen zwischen 6 und 28 Jahren verurteilt. Von der Opposition wird die Aktion als „Schwarzer Frühling“ bezeichnet. Bei der Freilassung der 52 Regimekritiker handelt es sich um die größte Begnadigungsaktion auf der Karibikinsel seit zwölf Jahren. 1998 wurden 299 Gefangene – darunter etwa 100 politische Häftlinge – nach einem Besuch von Papst Johannes Paul II. auf Kuba amnestiert.

Auch der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos und sein kubanischer Kollege Bruno Rodríguez hatten an dem Treffen teilgenommen. Moratinos erklärte anschließend, mit der Freilassung beginne eine neue Ära in Kuba, und es bestehe die Hoffnung, dass „die Differenzen in Gefangenenfragen ein für allemal beigelegt werden“. Spanien sei bereit, alle 52 Häftlinge aufzunehmen, „so diese es wünschen“, sagte Moratinos. Castro habe ihm zugesagt, dass alle Freigelassenen von Spanien aus wieder nach Kuba zurückreisen dürften und ihr Besitz nicht beschlagnahmt werde. Der spanische Außenminister Moratinos war nach Kuba gereist, um sich um die Freilassung vor allem kranker Dissidenten zu bemühen. Er hatte angedeutet, dass sich Kubas Beziehungen zur EU wieder bessern könnten, sofern Gefangene eine Amnestie erhielten. Für Madrid lohnt sich der Coup vor allem wirtschaftlich. Spanien ist der wichtigste europäische Handelspartner Kubas. Zudem droht die Verstaatlichung spanischen Eigentums in Venezuela. Ein gutes Wort der Castro-Brüder ist da bestimmt hilfreich.

Die katholische Kirche hatte sich als Vermittler eingeschaltet, nachdem der inhaftierte Regierungskritiker und Journalist Guillermo Fariñas in einen Hungerstreik getreten war, um auf die Lage der Dissidenten aufmerksam zu machen. Er verweigerte Monate lang Nahrung und

Wasser, musste künstlich ernährt werden. Nun, nach der Ankündigung Kubas, dutzende politische Gefangene freizulassen, hat er seinen Hungerstreik beendet.

Der illegalen, aber von der kubanischen Regierung tolerierten „Kubanischen Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung“ zufolge wird sich durch die anstehenden Entlassungen die Zahl der politischen Gefangenen auf nahe 100 reduzieren. Raúl Castro schloss weitere Zugeständnisse gegenüber den „Feinden des Vaterlandes“ aus. „Es wird keine Straffreiheit geben für die Feinde des Vaterlandes, für diejenigen, die versuchen, unsere Unabhängigkeit zu gefährden“, sagte er. Die inzwischen freigelassenen Dissidenten seien nicht wegen ihrer Ideen verurteilt worden, sondern weil sie „im Dienste der US-Regierung und ihrer Blockade- und Umsturzpolitik Verbrechen begangen haben“.

Zweifelt Fidel Castro am Kommunismus?

„Das kubanische Modell funktioniert nicht einmal mehr bei uns“, sagte der 84-jährige Fidel Castro dem US-amerikanischen Journalisten Jeffrey Goldberg, der gefragt hatte, ob das kubanische System noch immer exportwürdig sei. Goldberg war von der kubanischen Regierung zu dem Interview mit Castro nach Havanna eingeladen worden. Castros Äußerungen hatten weltweit Aufsehen erregt. Es wurde vermutet, er wolle eventuell den Kurs seines Bruders Raúl in Richtung einer vorsichtigen Liberalisierung der Wirtschaft unterstützen.

Wenig später sagte Castro jedoch, er sei falsch interpretiert worden und habe „genau das Gegenteil“ gemeint. „Wie die ganze Welt weiß, ist meine Idee, dass das kapitalistische System nicht mehr funktioniert – weder in den USA noch anderswo.“ „Wie soll ein solches System dann in einem sozialistischen Land wie Kuba funktionieren?“

Goldberg wies den Vorwurf zurück, Castros Äußerungen falsch verstanden zu haben. Castros Worte bedeuteten genau das, was er geschrieben habe, versicherte der US-Journalist. Goldberg hatte die Kuba-Kennerin Julia Sweig gebeten, an dem Gespräch mit Castro teilzunehmen, um bei der Analyse der Antworten zu helfen. Sweig sagte, Castro habe mit seiner Äußerung nicht die Revolution zurückgewiesen. „Für mich war es die Feststellung, dass im kubanischen System der Staat eine zu große Rolle im Wirtschaftsleben einnimmt“, erklärte sie.

In dem gut zehn Stunden dauernden Interview mit Goldberg kamen auch andere Themen zur Sprache. Etwa die Kuba-Krise von 1962. Laut Goldberg bedauert Castro seine damalige Haltung. Nach allem, was er erlebt habe und heute wisse, „war es das alles nicht wert“. Castro ging auch auf den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad ein. Er riet diesem, den Holocaust nicht weiter zu leugnen.

Kuba wagt ein bisschen Marktwirtschaft

Kuba durchlebt derzeit die größte Wirtschaftskrise seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Das Land ist wegen der globalen Finanzmarktkrise und Unwetterkatastrophen, aber auch wegen Korruption und einer starren Planwirtschaft weder in der Lage, Kredite zurückzuzahlen, noch all die Lebensmittel im Ausland einzukaufen, die es benötigt, um seine Bevölkerung ernähren zu können. Nun beabsichtigt die kubanische Regierung, mehr Privatwirtschaft zuzulassen.

Präsident Raúl Castro erklärte, dass Kubaner künftig Geschäfte betreiben und Arbeitskräfte beschäftigen dürfen. Die Parteizeitung Granma veröffentlichte eine Liste mit den Berufen, die in Zukunft auf eigene Rechnung ausgeübt werden dürfen. Die künftigen Freiberufler und

deren Angestellte müssen Steuern zahlen und Beiträge zur Sozialversicherung leisten. Eventuell wird die kubanische Zentralbank an Unternehmensgründer Kredite vergeben.

Wirtschaftsminister Marino Murillo erteilte jedoch Hoffnungen auf einen tiefgreifenden Wandel eine klare Absage: „Man kann nicht von Reformen sprechen, sondern von einer Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells“. Auch weiterhin sollten die Gesetze des Sozialismus und nicht des Marktes gelten. Es bleibe bei der zentral geplanten Staatswirtschaft. Der Staat müsse die Kontrolle über die Wirtschaft behalten, zumindest über die wichtigsten Dinge. Die Einführung eines Marktsozialismus wie in China oder Vietnam sei nicht vorgesehen.

95% der 5,1 Millionen Beschäftigten verdienen momentan ihr Geld im Staatssektor. Lediglich 148.000 Beschäftigte arbeiten auf eigene Rechnung. Raúl Castro kündigte nun eine drastische Reduzierung des Bestandes an Staatsdienern an. Mehr als eine Million Kubaner sollen in den nächsten 3 Jahren aus dem Staatsdienst entlassen werden und in der Privatwirtschaft eine Beschäftigung finden, davon 500.000 bis Ende März 2011. „Der Staatshaushalt ist nicht mehr in der Lage, die aufgeblähten Belegschaften zu finanzieren“, heißt es in einer Erklärung der kubanischen Gewerkschaft Central de Trabajadores de Cuba. Die großen Belegschaften hätten „einen kontraproduktiven Effekt und führten zu schlechten Resultaten“. Zudem sei es nicht länger möglich, „auf unbestimmte Zeit Arbeiter zu schützen und zu unterstützen“. Die angekündigten massiven Entlassungen sind ohne Beispiel und das Eingeständnis, dass das kubanische Wirtschaftsmodell nicht funktioniert.



Havanna: Verkauf auf eigene Rechnung von Obst und Gemüse aus der urbanen Landwirtschaft (Foto: Klaus Georg Binder)

Die Zahl der auf unproduktiven staatlichen Posten angestellten Kubaner ist enorm hoch. Nach Schätzungen osteuropäischer Experten liegt die verdeckte Arbeitslosigkeit bei mindestens 30%. Ein großer Teil der kubanischen Arbeitsplätze ist weder aus volks- noch betriebswirtschaftlicher Sicht notwendig; es existieren viele künstlich geschaffene Posten, die niemand braucht und die jetzt auch nicht mehr finanziert werden können. Die kubanische Führung will in erster Linie die Produktivität der lahrenden Wirtschaft erhöhen. „Man muss ein für alle mal mit der Vorstellung aufräumen, dass Kuba das einzige Land auf der Welt ist, in dem man leben kann, ohne zu arbeiten“, sagte Castro.

Ausländische Investoren dürfen künftig 99 Jahre lang staatlichen Grund und Boden pachten – nicht nur 50 Jahre lang wie bisher. Die Lockerung soll den Geldgebern mehr Sicherheit garantieren und so Investitionen insbesondere in den Tourismus erleichtern. Der Tourismus ist neben der Nickelförderung eine der wichtigsten Devisenquellen Kubas. Weitere Gesetzesvorhaben, die ausländische Investoren anlocken sollen, liegen bereits in der Schublade

Die Maßnahmen bedeuten einen strukturellen Wandel. Sie verfolgen das Ziel, das gesellschaftliche System des Landes zu entwickeln und für die Zukunft zu erhalten. Castro warnte in diesem Zusammenhang die Opposition vor subversiver Tätigkeit. In Anspielung auf die derzeit laufende Freilassung und Abschiebung von 52 politischen Häftlingen drohte er: „Niemand soll sich täuschen. Die Verteidigung unserer heiligen Errungenschaften, unserer Straßen und Plätze wird die erste Pflicht der Revolutionäre bleiben.“

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: PROF. DR. KLAUS GEORG BINDER
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 10. OKTOBER 2010